

Kein Entgegenkommen, keine Wertschätzung, kein Verständnis

Viele 1.000 Mitglieder im Warnstreik und auf Demos



Warnstreik und Demonstration in Hamburg am 23. November 2023

Viele 1.000 Beschäftigte im Landesdienst sind vor allem im Norden in den Warnstreik getreten und haben zusammen mit ihren beamteten Kolleginnen und Kollegen für die Forderungen zur Einkommensrunde 2023 demonstriert. Die Schwerpunkte der Demonstrationen lagen in Hamburg, Hannover, Magdeburg und Kiel. Gleichzeitig wurden die vielen Mahnwachen und kleineren Aktionen fortgesetzt.

Hamburg

Über 4.000 Beschäftigte haben in Hamburg deutlich gemacht, dass sich die Länder bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst endlich bewegen müssen. „Die Daseinsfürsorge ist in akuter Gefahr. Es fehlen bereits heute über 500.000 Beschäftigte“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei der Kundgebung am 23. November 2023. „Wenn die Länder jetzt nicht die Kurve kriegen und die Einkommen deutlich erhöhen, wird der öffentliche Dienst personell weiter ausbluten. Angesichts der Bevölkerungsstruktur und der Geburtenrate ist klar: Der Staat kann froh sein, wenn er die frei werdenden Stellen halbwegs wiederbesetzen kann.“

Heiko Teggatz, dbb Vize und Vorsitzender der DPoIG-Bundespolizeigewerkschaft, mahnte für den Bereich der Inneren Sicherheit: „Polizeikräfte bundesweit gehen schon lange auf dem Zahnfleisch. Wenn eine Einsatzlage die nächste jagt, müssen wir irgendwann zwangsläufig priorisieren, welche Aufgaben mit welchen Ressourcen erledigt werden. Es ist aber Gift für das Vertrauen der Menschen in den Staat, wenn Verbrechensbekämpfung nur noch Mangelverwaltung ist.“

Der Vorsitzende des BSBD, René Müller, berichtete: „Die Justiz ist am Limit. Das gilt nicht nur für die Gerichte, das gilt natürlich auch für die Justizvollzugsanstalten. Die Resozialisierung von Strafgefangenen findet kaum noch statt, weil die wenigen noch vorhandenen Kolleginnen und Kollegen darum bemüht sind, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Gleichzeitig gibt es immer mehr Übergriffe auf das Gefängnispersonal.“

Florian Köbler, Bundesvorsitzender der DSTG, betonte die absolute Notwendigkeit eines starken linearen Tarifabschlusses sowie dessen Übertragung auf die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten in den Ländern.

dbb:
wir.
für euch.

10,5%
500 Euro
mindestens



23. November, Hamburg



23. November, Hamburg



23. November, Hamburg



23. November, Hamburg



23. November, Hannover



23. November, Hannover



23. November, Hannover



23. November, Hannover



23. November, Hannover

Hannover

In Niedersachsen kam es am 23. November 2023 landesweit zu Warnstreiks. In Hannover versammelten sich über 2.000 Beschäftigte vor dem Finanzministerium, um für ihre berechtigten Forderungen zu demonstrieren. Volker Geyer, dbb Tarifchef: „Kaum ein Tag vergeht, ohne dass in den Medien vom dramatischen Personalmangel im öffentlichen Dienst berichtet wird. Der Staat wurde auf Verschleiß gefahren und die noch vorhandenen Kolleginnen und Kollegen gehen auf dem Zahnfleisch. Zum Dank wollen die Länderchefs sie jetzt auch noch mit den Folgen der Inflation alleine lassen. Das ist keine Wertschätzung, das ist eine Unverschämtheit.“

10,5%
500 Euro
mindestens

Alexander Zimbehl, Vorsitzender des NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, machte mit Blick auf die schwierige Gewinnung von Nachwuchs und Fachkräften für den öffentlichen Dienst deutlich: „Die Arbeitgeber haben in zwei Verhandlungsrunden kein Angebot vorgelegt. Das ist keine Personalgewinnung, das ist Personalabschreckung! Wir erwarten von den Ländern, dass sie sich endlich bewegen. Und wir erwarten vom niedersächsischen Finanzminister Gerald Heere, dass das Ergebnis nach den Tarifverhandlungen ohne Wenn und Aber auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird.“

Magdeburg

Bei der Protestaktion in Magdeburg am 23. November 2023 machten über 300 Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften ihrem Ärger über das abweisende Verhalten der Länder Luft. „Kein Entgegenkommen, keine Wertschätzung, kein Verständnis – manchmal fragen wir uns, was sich die Länder bei so einem Verhalten eigentlich denken“, kritisierte Hermann-Josef Siebigteroth, Mitglied der Geschäftsführung der dbb Bundestarifkommission und VDStr.-Bundesvorsitzender auf der Kundgebung. „Die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker denken scheinbar, dass wir ohne eine Anpassung der Einkommen und der Arbeitsbedingungen unverändert weiterarbeiten können. Das ist illusorisch.“ Iris Herfurth, erste stellvertretende Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt, machte auf die drohende Personalabwanderung aufmerksam: „Der öffentliche Dienst droht, auf Landesebene nicht mehr mit der Ebene der Kommunen mithalten zu können und erst recht nicht mehr mit der Privatwirtschaft.“ Der öffentliche Dienst habe jetzt schon Schwierigkeiten neue Fachkräfte zu finden.



24. November, Kiel



24. November, Kiel



24. November, Kiel

gkl berlin
gewerkschaft kommunaler
landesdienst berlin
in der kombi gewerkschaft

BVLB
DIE BERUFSBILDNER

DPoIG
DEUTSCHE POLIZEI-GEWERKSCHAFT
im DBB

DBSH

dbb
beamtenbund
und tarifunion



24. November, Kiel



24. November, Kiel



22. November, Alzey



23. November, Aachen



23. November, Magdeburg



23. November, Magdeburg

Kiel

Auch die Landesbeschäftigten aus Schleswig-Holstein sind sauer und forderten am 24. November 2023 bei einer Demonstration in Kiel von ihrer Landesregierung lautstark das Ende der Blockadehaltung. „Wer Leistung fordert, muss Respekt zeigen! Und zwar in einer Form, die auch in den Geldbeuteln der Kolleginnen und Kollegen ankommt“, rief dbb Tarifchef Volker Geyer den gut 2.000 Teilnehmenden auf der Kundgebung vor dem Kieler Finanzministerium zu. „Wenn im öffentlichen Dienst über eine halbe Million Stellen unbesetzt sind, werden die Menschen sonst dorthin gehen, wo sie bessere Bedingungen vorfinden.“, sagte Geyer weiter. Bei seiner Rede war auch die schleswig-holsteinische Finanzministerin Monika Heinhold anwesend. Kai Tellkamp, Landesvorsitzender des dbb schleswig-holstein, stimmte zu: „Natürlich hängt es auch von den Einkommensbedingungen ab, dass Kolleginnen und Kollegen da sind, die bestmöglich für Bildung, Sicherheit, Sozialleistungen und Bürgerservice sorgen. Deshalb muss klar sein, dass der angestrebte Tarifabschluss auf die Beamten übertragen wird. Und zwar ohne jegliche Abstriche und Verzögerungen!“

„Wer Nachwuchskräfte braucht in Zeiten des demografischen Wandels, der muss sie auch pflegen“, ergänzte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend.

Berlin

Unter dem Motto „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“ hat die gkl berlin am 22. November 2023 einen Warnstreik in Form einer Mahnwache vor der Senatsverwaltung für Finanzen in Berlin durchgeführt. „Als gkl berlin fordern wir die TdL zur Aufgabe ihrer Blockadehaltung bei den aktuellen Tarifverhandlungen auf“, so die Vorsitzende der gkl berlin, Kerstin Gutwasser-Friebel. „Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten geht anders! Der Respekt für die Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen muss auch im Portemonnaie ankommen! Tausende Stellen sind (und bleiben) unbesetzt, wenn die Menschen dort hingehen, wo die Bedingungen für sie besser sind. Nur wer gut zahlt, bekommt gute Leute ... und kann sie halten!“

dbb:
wir.
für euch.

10,5%
500 Euro
mindestens



23. November, Magdeburg



22. November, Berlin



22. November, Berlin

NBB
Niedersächsischer
Beamtenbund und
Tarifunion

dbb hamburg
beamtenbund
und
tarifunion

dbb
beamtenbund
und
tarifunion
landesbund
schleswig-
holstein

VDStra.
Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten

vla
gewerkschaft

dbb
beamtenbund
und
tarifunion



17. November, Ingolstadt



20. November, Dresden



21. November, Freital

Ebenfalls am 22. November 2023 haben Mitglieder des DBSH für die Übertragung der TVöD-Ergebnisse für die Sozialarbeitenden in den TV-L demonstriert, „denn wir sind Gold wert!“

Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Bayern

Vor Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen hat der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB), dem in NRW vlbs und vlw angehören, vom 20. bis 23. November 2023 Mahnwachen durchgeführt, um gegen die Blockadehaltung der TdL in der Einkommensrunde zu protestieren. Zum Auftakt erklärte Andreas Hilgenberg, Stellvertretender Bundesvorsitzender des BvLB: „Unsere Kolleginnen und Kollegen geben den Menschen Lebens-, Berufs- und akademische Perspektiven. Wer hier am Personal spart, vergeudet unsere nachhaltigste Ressource – Wissen!“

Am 20. November 2023 versammelten sich am Beruflichen Schulzentrum Bau und Technik in Dresden Mitglieder des LVBS. Gemeinsam zeigten tarifbeschäftigte und beamtete Berufsschullehrkräfte ihre ablehnende Haltung gegenüber der TdL. Die tarifbeschäftigten Lehrkräfte ließen im Anschluss eine Warnstreikstunde folgen.

Schon am 21. November 2023 folgten die LVBS-Mitglieder BSZ in Freital und demonstrierten für ihre berechtigten Forderungen. Bereits am 17. November 2023 zeigten die Mitglieder des VLB in Ingolstadt Flagge und demonstrierten für ihre Forderungen gegenüber der TdL.


Alzey

Am 22. November 2023 haben Mitglieder der DPoIG Rheinland-Pfalz mit Unterstützung von Mitgliedern der DSTG und der DJG in Alzey ihren Protest auf die Straße getragen.

Aachen

Auch in Aachen gingen die Beschäftigten in den Warnstreik. Über 300 Mitglieder des vdlA trafen sich am 23. November 2023 im dortigen Uniklinikum und demonstrierten für die geforderten 10,5 %, mindestens 500 Euro.





DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Ich möchte zunächst DPoIG-Informationsmaterial erhalten.

Ich möchte ab _____ DPoIG-Mitglied werden.

Name* _____

Vorname* _____

Geb.-Datum _____

Straße* _____

PLZ/Ort* _____

E-Mail _____

Zutreffendes bitte ankreuzen*

<input type="checkbox"/> Beamter / Beamtin	<input type="checkbox"/> in Ausbildung
<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer/in	<input type="checkbox"/> im Ruhestand
<input type="checkbox"/> Allg. Verw.-Dienst	<input type="checkbox"/> tech. Dienst
<input type="checkbox"/> Vollzugsdienst	

Bes./Entgeltgruppe _____

Teilzeit, Stunden _____

Dienstherr / Arbeitgeber _____

Amt / Dienststelle / Betrieb _____

Gewerkschaftsmitglied bei _____

von _____ bis _____

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedergewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: Deutsche Polizeigewerkschaft, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 47 37 81 23, Telefax: 030. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit widerrufen unter: E-Mail: dpolg@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dpolg.de/datenschutz/

Datum / Unterschrift

DPoIG Deutsche Polizeigewerkschaft Bundesgeschäftsstelle, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin
Telefon: 0 30. 47 37 81 23, Fax: 0 30. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de, Internet: www.dpolg.de

